

(Vizepräsidentin Anja Schillhaneck)

den Ausschuss für Wirtschaft, Forschung und Technologie und an den Hauptausschuss empfohlen. Gibt es hierzu Widerspruch? – Den gibt es nicht, dann verfahren wir so.

Ich rufe auf die

lfd. Nr. 3.5:

Priorität der Fraktion der SPD

Tagesordnungspunkt 22

„Berliner Programm zur Vorbeugung und Bekämpfung der Schuldistanz“ begleiten und auf Grundschulen ausweiten

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU

Drucksache [17/2650](#)

In der Beratung beginnt die Fraktion der SPD. Das Wort hat Herr Abgeordneter Langenbrinck. – Bitte!

Joschka Langenbrinck (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben jedes Jahr, dass die Einschulung ein ziemlich großer Tag für die Kinder ist – mit vielen strahlenden Augen, fröhlichen Gesichtern und großen Erwartungen. Da fällt es schwer zu glauben, dass ihre Neugier auf Neues schnell verloren gehen kann, und doch gibt es Kinder, die bald ihren Bezug zur Schule verlieren. Wer aber die Schule schwänzt, der verpasst leicht den Anschluss und endet nicht selten als Schulabbrecher, zum Teil mit verheerenden Folgen.

Noch bis vor Kurzem stieg die Zahl der Schulschwänzer in Berlin Jahr für Jahr von Rekord zu Rekord. Jeder vierte Berliner Oberschüler machte blau, 3 500 von ihnen schwänzten hartnäckig. Diese Rekordjagd konnte so nicht weitergehen. Deshalb haben SPD und CDU vor genau einem Jahr das Berliner Programm zur Vorbeugung und Bekämpfung der Schuldistanz beschlossen. Die Schulpflicht wird jetzt in Berlin schneller und konsequenter durchgesetzt, mit Erfolg: Die Zahl der Schwänzer an Oberschulen ist das erste Mal seit Jahren leicht gesunken. Das ist kein Grund zum Jubeln, aber zeigt, dass es in die richtige Richtung geht.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD und der CDU]

Bei der Durchsetzung der Schulpflicht geht es uns nicht darum, bei Schülern, die mal einen Tag in der Schule fehlen, sofort zu Hause die Kavallerie einreiten zu lassen, sondern für uns steht die frühe Prävention im Mittelpunkt. So haben wir unter anderem das Brennpunktschulen-Programm mit jetzt 19 Millionen Euro eingeführt und die Schulsozialarbeit ausgebaut, auch um Jugendliche auf ihrem Weg zurück in die Schule zu unterstützen. Wir haben die Schulversäumnisanzeigen beschleunigt, damit die wichtige Unterstützung für die Schüler und ihre Familien schneller starten kann, und ein verpflichtendes Lehrer-Eltern-Gespräch eingeführt. Außerdem sind die Schu-

len dazu verpflichtet, die Eltern am ersten Fehltag ihrer Kinder zu informieren. Die Lehrerinnen und Lehrer werden besser weitergebildet. Und es wurde ein umfangreicher Leitfaden für die Schulen entwickelt, mit Informationen über Schuldistanz, Präventionsangebote und verpflichtende Schritte zur Hilfe für die Kinder und Jugendlichen.

Weil Schülerinnen und Schüler aber nicht nur in Oberschulen, sondern auch in Grundschulen schwänzen, muss so früh wie möglich gegengesteuert werden. Deshalb wollen wir, dass die Maßnahmen unseres Programms auch in den Berliner Grundschulen umgesetzt werden und die Entwicklung der Schwänzer in allen Schulen im Blick behalten bleibt – durch ein Statistik, die der Senat zentral erfasst und regelmäßig veröffentlicht.

Wir wollen außerdem, dass die eine Hand endlich – daran krankt es immer noch – weiß, was die andere tut, das heißt, die Schulämter, die Jugendämter und das Familiengericht müssen sich besser vernetzen und enger zusammenarbeiten.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD und der CDU]

– Die Stimmung steigt! Die Pointe kommt ja noch. –

[Martin Delius (PIRATEN): Ich warte!]

Es darf nämlich nicht sein, dass wichtige Informationen über Schwänzer und mögliche Probleme in den Familien in den Aktenschränken einzelner Behörden verstauben, und das, ohne dass im Interesse der Kinder und Jugendlichen gehandelt wird.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD und der CDU]

Datenschutz ist in der Tat ein hohes Gut. Aber falsch verstandener Datenschutz kann frühe und wichtige Hilfen für Kinder und Jugendliche verhindern. Der Bezirk Mitte geht hier einen anderen Weg und hat ein gutes Pilotprojekt auf den Weg gebracht, das ein ganz klares Vorgehen zwischen den beteiligten Behörden und dem Familiengericht bei verfestigter Schuldistanz regelt. Wir wollen, dass dieses Verfahren in allen Bezirken eingeführt wird. Denn obwohl Schuldistanz ein Fall von Kindeswohlgefährdung sein kann, gehen einige Bezirke aus Gründen der Ideologie immer noch zu unterschiedlich damit um. Sie gehen immer noch stärker gegen Falschparker vor als gegen Eltern, die das Wohl ihrer Kinder gefährden, und das kann nicht im Interesse der Kinder und Jugendlichen sein.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD und der CDU]

Warum kann das nicht in ihrem Interesse sein? – Weil nur die dauerhafte Teilnahme am Unterricht die Voraussetzung schafft, einen Schulabschluss zu machen und sich gute Chancen für sein Leben zu erarbeiten. Es sind eben doch die meisten Kinder und Jugendlichen, die den Spaß am Lernen nicht verlieren und zumindest halbwegs gerne zur Schule gehen. Aber die meisten sind uns eben nicht genug. Deshalb setzen wir uns weiter für alle Schülerinnen und Schüler ein und gegen Schuldistanz, so früh wie

(Joschka Langenbrinck)

möglich, mit klaren Regeln und zum Wohle aller Kinder und Jugendlichen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Langenbrinck! – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt das Wort Frau Abgeordnete Remlinger. – Bitte!

Stefanie Remlinger (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Lieber Herr Langenbrinck! Ich muss jetzt einmal kurz durchatmen. Ich sage nichts zum Bußgeld. Ich halte die versöhnliche Rede, wie ich sie geplant habe.

Es ist schön zu sehen, dass insbesondere bei den Koalitionsfraktionen – zumindest in dieser Plenarsitzung – Bildung einen hohen Stellenwert bekommt. Dafür in der Tat schon einmal vielen Dank, und hoffentlich bleibt es nicht nur heute so.

[Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Schuldistanz – schöner Begriff – ist unbestritten eine der Ursachen, warum in Berlin die Schulabbrecher- und Schulabbrecherinnenquote zu hoch ist. Wer nicht regelmäßig die Schule besucht, hat natürlich auch wesentlich schlechtere Chancen auf einen guten Schulabschluss. Ausnahmen gibt es natürlich auch hier. Das haben Sie, Herr Langenbrinck, als Thema richtig erkannt, und ich rechne Ihnen in der Tat hoch an, dass Sie dem Thema über die Legislaturperiode hinweg treu geblieben sind und den Senat zum Handeln bewegt haben, wie Sie das auch mit Ihrem Antrag heute wieder zeigen.

Sie haben einen Weg aufgezeigt, den die Behörden befolgen sollen, wenn Eltern und Schüler der Schulpflicht nicht in dem Maße nachkommen, wie wir uns das wünschen. Und es ist auch unstrittig, dass klare Strukturen, Abläufe und Handlungsleitlinien notwendig und hilfreich sind. Dass Sie Grundschulen dabei stärker mit in den Blick nehmen wollen, finden wir vollkommen richtig, so wie es uns umgekehrt übrigens unklar ist, warum dies nicht bereits der Fall ist, warum dies in den Statistiken bis jetzt ausgeblendet wird, denn die Schulpflicht gilt ja nun für Grundschulkindern nicht weniger als für Oberschülerinnen und Oberschüler.

Sie wissen aber auch – da sind wir nicht komplett einer Meinung –, dass ich mir wünsche, dass Sie nicht nur mit Strafen, mit Bußgeld, mit Härte usw. kommen, sondern sich auch der langfristigen Ursachenbekämpfung widmen.

[Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Dr. Gabriele Hiller (LINKE) –
Beifall von Martin Delius (PIRATEN)]

Niemand hier hat so richtig etwas dagegen, dass Kinder den Unterricht regelmäßig besuchen, damit sie einen möglichst guten Abschluss erhalten, doch bei Ihnen klingt es nach wie vor manchmal weiterhin so, als gäbe es gar keine innerschulischen und Ausstattungsgründe, warum Schule eben auch nicht so ist, dass man gerne hinget. Und die wird man sicher nicht nur durch Zwangsmaßnahmen der Behörden beheben.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN –
Beifall von Martin Delius (PIRATEN)]

Ich bleibe versöhnlich und sage, wenn Sie sich die Zahlen zur Schulabstizienz in den letzten Jahren anschauen, dann hat sich in dem von Ihnen angeführten Bezirk Mitte in der Tat ein bisschen etwas getan. Bei den ISSen gab es eine Verbesserung um 0,1 Prozent. Da werden wir gucken müssen, dass es da noch weitergeht. Einen größeren Erfolg gibt es bei den Förderschule: Mit dem Förderschwerpunkt Lernen habe wir eine Abnahme von 9,7 auf 6,8 Prozent erreicht. Das ist eine hoffnungsvolle Entwicklung. Ich bin davon überzeugt, dass sich der Erfolg noch weiter steigern lässt. Ich glaube auch, Herr Langenbrinck, dass wir da wieder Seite an Seite stehen. Es gibt eine ganze Reihe von Schulen – da fallen Ihnen in Neukölln ein paar ein, mir fallen in Mitte und in anderen Bezirken auch ein paar ein –, die nicht nur ganz besonders von Schuldistanz, sondern auch von Abbrecherquoten und von fehlenden Anschlüssen betroffen sind. Da sollten wir nicht weiter so tun, als gäbe es dieses gute eineinhalb Dutzend Schulen mit ganz besonders großen Problemen in Berlin nicht. Da sollten wir ganz genau hinschauen, und insofern freue ich mich auf eine konstruktive und vielleicht noch vertiefende Beratung im Ausschuss. – Vielen Dank!

[Beifall bei den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Frau Remlinger! – Für die CDU-Fraktion hat nun das Wort Frau Abgeordnete Bentele. – Bitte!

Hildegard Bentele (CDU):

Sehr geehrte Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die konsequente und koordinierte Umsetzung der Schulpflicht haben wir uns gemeinsam im Koalitionsvertrag zum Ziel gesetzt, aber ich glaube, es ist fair anzumerken, dass es der Kollege Langenbrinck war und ist, der dieses Thema regelmäßig immer wieder aufgreift und vorantreibt, sodass man es eigentlich statt Berliner Modell das langenbrincksche Modell zur Vorbeugung und Bekämpfung von Schuldistanz nennen könnte.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Wir haben heute die erste Lesung des Antrags, also die erste allgemeine Aussprache, bei der ich vor allem sagen möchte, die Stoßrichtung stimmt. Wenn wir das Problem